



## **Niederschrift über die Sitzung des Bauausschusses der Stadt Biberach - öffentlich -**

am 24.01.2013

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 20:00 Uhr

Das Gremium besteht aus Bürgermeister und 14 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Bürgermeister Kuhlmann

Mitglieder:

Herr Stadtrat Brenner  
Herr Stadtrat Dr. Compter  
Herr Stadtrat Deeng  
Herr Stadtrat Herzhauser  
Herr Stadtrat Keil  
Herr Stadtrat Kolesch  
Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding  
Herr Stadtrat Pfender  
Herr Stadtrat Rieger  
Frau Stadträtin Sonntag  
Herr Stadtrat Weber  
Herr Stadtrat Zügel

Stellvertreter/in:

Herr Stadtrat Funk

entschuldigt:

Herr Stadtrat Braig  
Frau Stadträtin Kübler

Gäste:

Polizei  
Herr Eggensberger und Herr Flügge  
Firma Squirrel & Nuts

Top 1  
Top 2

Verwaltung:

Herr Brugger, Bauverwaltungsamt  
Herr Buchmann, Kulturamt  
Frau Christ, Stadtplanungsamt  
Frau Engelhardt, Kulturamt  
Frau Fischer, Stadtplanungsamt  
Frau Hoch, Schriftführung  
Herr Kopf, Hochbauamt  
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg  
Frau Länge, Ordnungsamt  
Herr Mildenberger, Hochbauamt  
Herr Rechmann, Tiefbauamt  
Herr Dr. Riedlbauer, Kulturdezernat  
Herr Wilk, Hochbauamt

## Tagesordnung

<b>TOP-Nr.</b>	<b>TOP</b>	<b>Drucksache Nr.</b>
1.	Unfallschwerpunkte	234/2012
2.	Neubau Jugendhaus - Durchführung eines kooperativen Verfahrens	236/2012
3.	Fahrradabstellanlage für Beschäftigte im Sennhofareal	229/2012
4.	Informationen	
4.1.	Neubau Räumliches Bildungszentrum - Vergaben 7	230/2012
4.2.	Elektrifizierung Südbahn	231/2012
4.3.	Endausbau Baugebiet Innerer Grumpen in Ringschnait - Info Vergabe	233/2012
4.4.	Hangsicherung Kiesgrube Ulmer Straße - Info Vergabe	232/2012
5.	Bekanntgaben	
5.1.	Bekanntgabe: Eine Frage der CDU-Fraktion wegen fehlender Taxis bei Nacht	
5.2.	Bekanntgaben: Fracking	
6.	Verschiedenes	
6.1.	Verschiedenes: Buswartehalle Rindenmoos	

Die Mitglieder wurden am 11.01.2013 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung in BIBER-ACH KOMMUNAL am 16.01.2013 ortsüblich bekannt gegeben.

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 234/2012 zur Information vor.

BM Kuhlmann begrüßt die Anwesenden sowie Herrn Eggenberger von der Polizei und lässt wissen, die Anfrage der CDU aufgegriffen und die Unfallschwerpunkte in einer Vorlage dargestellt zu haben.

Zum Antrag der SPD-Fraktion vom 23.01.2013, der Bauausschuss und Gemeinderat mögen den sofortigen Einstieg in die Planung eines Kreisverkehrs am Unfallschwerpunkt Schlierenbachstraße/Rißegger Steige/Waldseer Straße zu beschließen, teilt er mit, den Inhalt mittragen zu können, eine sofortige Umsetzung sei aber derzeit nicht möglich.

StR Kolesch bedankt sich für die Vorlage und bittet um Rückmeldung von Frau Länge bzw. der Polizei, ob seine Einschätzung stimme, dass sich die Situation insgesamt bei der Unfallträchtigkeit verbessert habe, da er aus der Vergangenheit oft zweistellige Zahlen im Kopf habe. Er verweist auf den Minikreisel Gaisental mit vier bis fünf Unfällen, hier scheint eine Verbesserung eingetreten zu sein. Er zeigt sich verwundert, warum beim Schwerpunkt Gaisental nun doch ein großer Kreislauf möglich erscheint; auch der bestehende Minikreisel sei besser als eine Kreuzung, auch der Verkehrsfluss sei so besser. Er erwarte eine deutliche Entlastung durch die Nordwestumfahrung, auch die mögliche Verlagerung des Kreiskrankenhauses bringe eine Entlastung auf der Strecke. Hier müssten die Entwicklungen mit berücksichtigt werden.

Beim Unfallschwerpunkt Felsengartenstraße/Wolfentalstraße seien ihm insbesondere die falsch fahrenden Radler aufgefallen, hier sei eine bessere Markierung zwar gut, gegen eine falsche Nutzung sei man jedoch machtlos.

Für den Bereich Schlierenbachstraße/Rißegger Steige/Waldseer Straße sei die vorgeschlagene Auflösung der Busbucht eine gute Idee und die CDU befürworte dies als kurzfristig durchführbare Maßnahme. Eventuell könnten auch Warnschilder angebracht werden. Vor dem Bau eines Kreisverkehrs müssten jedoch weitere Alternativen geprüft werden. Man stünde einem Kreisverkehr positiv gegenüber, der aber nicht gleich realisierbar wäre. Er fragt an, ob eventuell der Radverkehr verändert werden könne.

Beim Schwerpunkt Saulgauer Straße interessiert ihn, warum dieser Fall der mobilen Verkehrssicherheitskommission des Verkehrsministeriums vorgelegt werden soll.

Zum Bereich Riedlinger Straße/Mittelbiberacher Steige müsse mit Nachdruck an den Bau des Kreisverkehrs gegangen werden.

Auch StR Nuding dankt für die Vorlage und begründet den Antrag der SPD-Fraktion für den Kreislauf im Bereich Schlierenbachstraße/Rißegger Steige/Waldseer Straße. Unfälle, die durch verkehrswidriges Verhalten verursacht seien, lassen sich nicht beeinflussen.

StR Rieger ist es wichtig, die Charakteristik der Unfälle ins Kalkül zu ziehen, so sei es schwierig, bei Verstößen gegen Vorschriften präventive Maßnahmen zu treffen. Zum Glück habe es keine schwerwiegenden Unfälle gegeben, auch er befürworte eine Änderung der Radführung im Bereich Schlierenbachstraße. Im Bereich Gaisental sei ein größerer Kreislauf sinnvoll, man müsse aber

immer das mildeste taugliche Mittel wählen und die Vorschläge der Verkehrskommission annehmen.

StRin Sonntag erteilt dem Vorschlag StR Koleschs die Verkehrsführung für Radfahrer zu verändern, eine Absage, da in der Praxis niemand erst stadtauswärts fahre, um dann wieder reinzufahren. Dies erschwere den Radverkehr und auch Radfahrer hätten ein Recht auf einen optimalen Verkehrsfluss. Außerdem nähmen Radler meist den kürzesten Weg, was geradezu Fehlverhalten provoziere. Sie erinnert an das Gebot der gegenseitigen Rücksichtnahme im Verkehr. Im Bereich Saulgauer Straße sei es vielleicht nicht im Bewusstsein der Radfahrer, dass der Radweg zweispurig sei und es gefährlich werden kann, wenn man am Radweg unten ankommt. Evtl. sei eine Geschwindigkeitsbegrenzung für Autofahrer sinnvoll.

StR Funk will wissen, ob es Zahlen für den Bereich Gaisental gibt, wie sich die Unfälle vor dem Kreiselbau und danach entwickelt haben.

Allgemein sei der Bau von Kreiseln zu begrüßen, es müsse jedoch eine Reihenfolge festgelegt und eine Priorisierung vorgenommen werden.

Im Bereich Schlierenbachstraße erscheine ihm eine kleine Lösung nicht ausreichend, im Gegensatz zur SPD denke er aber, dass die Verwaltung erst prüfen und darstellen müsse, welche Maßnahmen erforderlich sind und nicht die einzige Lösung im Bau eines Kreisels zu sehen sei. Mögliche Alternativen wie Ampeln, Änderung der Verkehrsführung/Kreuzung müssten zuvor mit einbezogen werden. Für die Radfahrer sei es in dem Bereich zumutbar, im Zweifel abzusteigen.

BM Kuhlmann lässt wissen, dass man früher bei Kreiseln von größeren Durchmessern ausging, für die man im Bereich Gaisental private Grundstücksflächen benötigt hätte. Durch neue Erkenntnisse, welche die Verwaltung beim Kreisel Hans-Liebherr-Straße gewonnen hätte, bestünde nun die Möglichkeit, einen solchen Kreisel auch im Bereich Gaisental verwirklichen zu können. Er befürwortet den Vorschlag von Herrn Funk, seitens der Verwaltung eine Priorisierung von Maßnahmen vorzunehmen.

Herr Eggensberger teilt mit, für den Bereich Gaisental Zahlen seit 1990 vorliegen zu haben, die schwere Unfälle, zum Teil mit Schwerverletzten, kommentierten. Für 2012 habe es 10 Unfälle mit zwei Leichtverletzten gegeben, hier war das Jahr 2011 mit 4 Unfällen wohl eine Ausnahme nach unten. Der Kreisel habe somit zu einer wesentlichen Verbesserung geführt. Die mobile Verkehrssicherheitskommission schalte Frau Länge ein, wenn die Stadt bei der Beurteilung mit der eigenen Verkehrsschau nicht mehr weiterkomme. Dann könne man sich an die Kommission wenden, die nur mit Problemfällen befasst sei und vielleicht noch einen Vorschlag hätte. Frau Länge schließt sich der Meinung von StRin Sonntag an, den Radweg im Bereich Schlierenbachstraße besser nicht zu verlagern, da sich die Radler nicht daran halten werden. Es sollen nur sinnvolle Verbesserungen durchgeführt werden, die auch tatsächlich angenommen würden.

Herr Eggensberger weist darauf hin, dass nur polizeilich gemeldete Unfälle dokumentiert werden könnten, die tatsächliche Zahl sei wahrscheinlich wesentlich höher.

Auf Nachfrage StR Zügels, warum in der Saulgauer Straße keine Hindernisse zur Verlangsamung eingebaut würden, teilt Frau Länge mit, diese stellten selbst Unfallrisiken dar.

StR Zügel will für den Bereich Gaisental abwarten, wie sich die Nordwestumfahrung auswirkt. Er halte den SPD-Antrag für die Schlierenbachstraße zwar für sinnvoll, ein Einstieg solle aber erst nach der Überprüfung durch die Verwaltung erfolgen, zumal eine sofortige Lösung nicht möglich

sei. Er fragt an, ob der Antrag der SPD nicht entsprechend abgeändert werden könne, den Einstieg nach der Priorisierung durch die Verwaltung vorzunehmen.

Auch StR Kolesch wäre froh, wenn der Antrag abgeändert würde, da erst eine umfassende Prüfung notwendig sei, bevor viel Geld ausgegeben werde. Er halte es für nicht gut, wenn der Eindruck erweckt werde, dass Radfahrer sich nicht an Verkehrsregeln halten und dies toleriert werde.

StRin Sonntag fragt nach, wie es mit Unfällen mit Beteiligung von Radfahrern im Bereich Gaisental aussehe, da sie hier den Eindruck habe, ein Kreisell sei für Radfahrer nicht immer eine gute Lösung, da diese oft abgedrängt würden.

BM Kuhlmann fragt an, ob der Antrag der SPD dergestalt modifiziert werden kann, zunächst eine Prüfung der Verwaltung vorzunehmen, in der mögliche Maßnahmen untersucht werden. Damit ist StR Keil einverstanden.

**Mit dem Vorschlag der Verwaltung, zunächst eine Priorisierung vorzunehmen und eventuelle Alternativen in einer Vorlage darzustellen, ist der Bauausschuss einstimmig einverstanden.**

Dem Bauausschuss liegt die Drucksache Nr. 236/2012 zur Beratung vor.

BM Kuhlmann zeigt sich erfreut, dass so viele Jugendliche und andere Zuschauer da sind, um die Diskussion zu verfolgen. Er begrüßt Herrn Flügge von der Beratungsfirma Squirrel & Nuts und bittet ihn, die vorgesehene Beteiligung der Jugendlichen zu erläutern.

Herr Flügge geht kurz auf seinen Werdegang und die Tätigkeiten seiner Firma ein, die es sich zur Aufgabe gemacht habe, Jugendbeteiligung bei Entscheidungsprozessen voranzubringen. Die Frage laute, wie ein Planungsverfahren betrieben werden könne, um eine möglichst breite Masse der Jugendlichen zu erreichen. Dies sei mit üblichen Medien wie Zeitung oder Amtsblatt nicht zu machen. Ziel sei eine hohe Identifikation der Jugendlichen mit dem Abstimmungsergebnis, bei dem die Meinung aller abgefragt und in Entscheidungs- und Abstimmungsprozesse einbezogen werden könne. Bei den Jugendlichen solle so das Demokratieverständnis gestärkt, aber auch nebenbei Erfahrungen gesammelt werden, wie z. B. ein Haus geplant werde. Die Jugendlichen sollen verstehen können, wie dieses Haus entsteht, daraus resultiere mehr Lust, es danach auch zu nützen. Verschiedene soziokulturelle Prägungen sollen Einfluss finden und es gebe die Möglichkeit, zu erklären, warum manche Entscheidungsprozesse länger dauern. Er stellt die wesentlichen Grundzüge des Beteiligungsverfahrens dar. Nach einem Auftakt-Workshop mit Vertretern der Schulklassen erfolge die Online-Beteiligung in einer abgeschlossenen Facebook-Community, anschließend ein Abschlussworkshop, bei dem alle Entwürfe beurteilt werden. Es handle sich um einen interaktiven Prozess mit dem Ziel, vier gute Lösungen am Schluss zur Auswahl zu haben. Für den Gemeinderat sollen qualifizierte Hinweise für den eigenen Entscheidungsprozess gegeben werden können.

BM Kuhlmann geht von einem einjährigen Planungsprozess aus, ein ehrgeiziges Ziel, jedoch sei der kompakte Zeitplan wichtig, damit er für die Jugendlichen übersichtlich sei und sie mitgenommen werden können.

StR Kolesch dankt für die Information und zeigt sich begeistert für das vorgeschlagene Verfahren. Er regt an, OB Zeidler in die Jury aufzunehmen. Ansonsten sei die Zusammensetzung gut und für das Haus selbst hervorragend, wenn möglichst viele Jugendlichen erreicht werden könnten. Er fragt an, wie die Anonymität der Nutzer im Netz sichergestellt werde, warum nur Jugendliche bis Klasse 10 Berücksichtigung finden sollen und ob es nicht sinnvoll sei, statt der klassenweisen Benennung von Schülern für die Auftaktveranstaltung diese für alle interessierten Jugendlichen zu öffnen. Er gibt das Urheberrecht zu bedenken und zu prüfen, ob evtl. rechtliche Schwierigkeiten bestünden, wenn Ideen, die in anderen Entwürfen steckten, von einem Büro weiter verwendet werden.

StR Keil gratuliert zu dem Mut, Neues zu versuchen und sieht darin auch einen spannenden Weg für die vier beteiligten Architekturbüros, mit Jugendlichen zu arbeiten. Das Verfahren, die Jugendlichen in den Prozess einzubinden, sei sehr ambitioniert. Für ihn stelle sich die Frage, ob eine Zuordnung, von wem der Entwurf für gut befunden werde, sinnvoll sei, manchmal sei Anonymität in

einem demokratischen Prozess besser. Er fragt an, ob mit Facebook gearbeitet werden müsse und wünscht viel Erfolg.

StR Zügel teilt nicht die Meinung der Verwaltung, der Gemeinderat bleibe Herr des Verfahrens. Die Ergebnisfindung des Gemeinderates könne nicht an der Empfehlung des Jugendvotums vorbei gehen, ohne eine hohe Frustration der Jugendlichen zu riskieren.

Das Thema Copyright könne man vergessen, da sich die Büros darauf einstellen müssten, dass ihre Entwürfe im Puzzle-System zusammengesetzt werden. Mit den Themen Betriebskosten/Folgekosten sei eine Klippe vorhanden; die Auswirkungen auf die Finanzen müssten parallel begleitet werden. Er halte es für sinnvoll, den OB in die Entscheidungsfindung mit einzubeziehen. Das Verfahren sei aber in Ordnung.

StRin Sonntag bedankt sich bei der Initiative Pro Jugendhaus, die einen so langen Atem hatten und selbst wohl nichts mehr von der Umsetzung des Hauses hätten. Ihr ist das Thema Datenschutz wichtig und will wissen, was mit den gesammelten Daten geschehe. Sie sieht eine Chance für die Büros, neu zu denken, weil mehr zusammen gearbeitet werden muss.

StR Funk ist es wichtig, ein Jugendhaus für viele Generationen und für alle Jugendlichen zu bauen. Das Budget müsse Bestandteil der Planung sein und evtl. zusätzliche Folgekosten schon während des Prozesses beachtet werden. Er stellt den **Antrag**, die Jury um den OB zu ergänzen.

StR Keil sieht die Begrenzung auf Klasse 10 kritisch und will lieber alle Schüler beteiligen. Für das Jugendhaus selbst habe er die Erwartung, ein städtebauliches Highlight zu erhalten.

BM Kuhlmann lässt wissen, mit OB Zeidler vereinbart zu haben, dass er Mitglied in der Jury wird, um auch ein Signal an die Jugendlichen zu geben.

Er stellt klar, das Budget ist gedeckelt, es seien keine Luftschlösser möglich. Allerdings seien die Folgekosten in dieser Planungsstufe sehr schwierig zu ermitteln. Herr Walz werde aber die Entwürfe parallel mit verfolgen und ein Auge darauf haben. Für ihn seien die entstehenden Flächen/Volumina entscheidend.

Zum Thema Copyright führt er aus, bei dem Online-Verfahren sehe jedes Büro die Entwürfe der anderen, weshalb keine Abschottung möglich sei. Aber am Ende werde ein Entwurf ausgewählt, für den die Urheberrechte gelten. Zur Skepsis StR Zügels teilt er mit, keine Umkehrung des demokratischen Verständnisses zu wollen. Die Jugendlichen müssten lernen, dass die Entscheidungen im Gemeinderat getroffen werden und sie qualifizierte Argumente für einen Entwurf liefern können. Diese Einschätzung werde in den geplanten Workshops so transportiert.

Herr Flügge teilt auf die Frage, wer in der Gruppe drin sei und wie dies überprüft werde mit, dass Erwachsene erkennbar wären oder aber von Jugendlichen nicht eingeladen würden und somit nicht in die Gruppe gelangten. Bezüglich der Altersstruktur wollte man einen Schnitt bei Klasse 10 machen, da das Haus ja auch noch gebaut werden müsse und diese Jugendlichen, die im Entscheidungsprozess mitgewirkt hätten, die späteren Nutzer sein sollen.

Für die soziodemokratische Streuung sei es wichtig, die in der Unterzahl befindlichen Hauptschüler genauso gewichten zu können. Zum Medium Facebook gebe es keine Alternative. Er kenne keine Jugendlichen, die E-Mails oder Briefe schreiben, diese würden aber auch berücksichtigt. Er könne garantieren, dass es sich bei Facebook um eine geschlossene Gruppe handle, zu der kein Außenzugriff möglich sei. Die Jugendlichen würden zu keinem Zeitpunkt alleine gelassen, Mob-

bing etc. könne über administrative Funktionen ermittelt werden. Sämtliche ermittelte Daten können gelöscht werden, wobei natürlich eine Speicherung nicht verhindert werden könne. Evtl. bestehe aber das Interesse, die Gruppe weiter zu führen, zum Nutzen z. B. für Streetworker und verweist auf ein Beispiel in Singen.

Für StR Kolesch ist noch nicht klar, wie das Verfahren mit den Büros laufe, um keine rechtlichen Probleme zu bekommen. Er bittet darum, vorab ein schriftliches Einverständnis der Büros einzuholen, weil sich die Entwürfe während des Verfahrens bestimmt vermischen.  
Außerdem bittet er darum, das Alter für die Jugendlichen heraufzusetzen.

BM Kuhlmann **sagt** die Berücksichtigung bis zur 12. Klasse **zu**.

Zum Thema Urheberrecht werde bei den Architekten eine schriftliche Einverständniserklärung eingeholt und bedankt sich für die spannende Diskussion.

**Danach beschließt der Bauausschuss einstimmig, dem Gemeinderat zu empfehlen, entsprechend der Verwaltungsvorlage zu entscheiden.**

Dem Bauausschuss liegt die Drucksache Nr. 229/2012, die dieser Niederschrift als **Anlage** beige-fügt ist, zur Entscheidung vor.

StR Rieger fragt an, ob die im Zuge des Baus der Fahrradanlage wegfallenden 2 Stellplätze an an-derer Stelle für die Öffentlichkeit neu geschaffen werden könnten.

BM Kuhlmann verweist auf einen neu bei der Stadtbücherei geschaffenen Platz.

**Ohne weitere Aussprache fasst der Bauausschuss einstimmig folgenden**

**Beschluss:**

**Im Sennhofareal wird für die städtischen Beschäftigten eine Fahrradabstellanlage eingerichtet.**

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 230/2012 zur Information vor.

StR Kolesch fällt auf, dass keine lokalen Bieter abgegeben haben, viele Anbieter kämen von weit her, weshalb sich für ihn Fragen wie Termintreue, Nachforderungen usw. stellten. Er fragt an, ob bei den Zimmerarbeiten, wo es nur einen Anbieter gab, der Preis angemessen sei und bittet um Erläuterung. Bei den Malerarbeiten falle die hohe Differenz zwischen Erst- und Zweitanbieter auf, wobei der Erstanbieter immer noch deutlich über der Kostenschätzung liege, was für ihn nicht nachvollziehbar sei. Er will wissen, ob der Gesamtkostenrahmen noch eingehalten sei und was bei den Nachträgen absehbar wäre.

StR Compter akzeptiert Verschiebungen zwischen den Gewerken, hält aber eine Erklärung bei ganz hohen Abweichungen für notwendig. Es sei schwierig, die einzelnen Punkte zuzuordnen und einzuschätzen, ohne Erläuterung könne man mit den Zahlen nicht so viel anfangen.

StR Funk kritisiert die Darstellung der Kostenkontrolle, weil aus dem Begriff Differenz nicht abgeleitet werden könne, ob es sich um eine tatsächliche Ersparnis handle.

StR Weber setzt auf die Kompetenz der Verwaltung, welche die Anträge prüfe und der Vizepräsident der IHK wissen sollte, wie die Auftragslage im Kreis sei.

StR Kolesch bittet StR Weber, nochmals über das Gesagte nachzudenken, weil für ihn nicht nachvollziehbar sei, dass StR Weber sich darüber ärgere, wenn er die Kosten kritisch betrachte. Es sei Aufgabe des Gemeinderates, Prozesse kritisch zu hinterfragen.

Herr Kopf teilt mit, nicht immer mit den Ergebnissen der Ausschreibungen zufrieden zu sein, weil immer mehr Firmen, die günstig abgeben versuchen, Leistungsverzeichnisse auseinander zu nehmen und Rechtsstreitigkeiten zwischenzeitlich tägliches Brot seien. Projekte dieser Größenordnung müssten europaweit ausgeschrieben werden und oft sei es schwierig, die Referenz der Firmen zu überprüfen.

Aber selbst bei kleinen Ausschreibungen bewerben sich Firmen von weit her, oft seien dann örtliche Firmen teurer, weil hier eine andere Entlohnung bestünde. Deshalb sei man bemüht, möglichst Fahrwege und andere Dinge mit zu berücksichtigen, um örtliche Anbieter nehmen zu können. Bei den Zimmerarbeiten habe nur ein Anbieter abgegeben, die Kosten hätten sich erhöht, weil die Bühnenpodeste dazu gekommen seien und darüber hinaus weitere kleine Holzarbeiten.

Es gebe eine Verschiebung zwischen den Gewerken, aber am Schluss zähle, was übrig bleibt. Bei den Malerarbeiten war dies beim Thema Beschichtung der Fall und es gebe tatsächlich einen extremen Unterschied zwischen Erst- und Zweitbieter.

Auf den Einwand StR Koleschs, wenn Angebote zu günstig seien, wären sie zurückzuweisen, entgegnet Herr Kopf, dass dies ein schwieriger Abwägungsprozess sei, da man günstig vergeben wolle und es nicht immer einfach zu entscheiden sei, ob seriös kalkuliert worden sei.

Er gibt StR Funk Recht, dass die Darstellung der Kostenkontrolle nicht ganz eindeutig sei und sagt zu, die Darstellung hausintern zu prüfen.

Die derzeitigen Baukostensteigerungen lägen bei ca. 2%, über Nachträge könne er noch keine Auskunft erteilen, da diese noch geprüft werden müssten.

**Damit ist die Diskussion beendet.**

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 231/2012 zur Information vor.

BM Kuhlmann teilt einleitend mit, die Deutsche Bahn haben ein Planfeststellungsverfahren beim Regierungspräsidium beantragt, weshalb die Entscheidung über den Stahlsteg nicht mehr in der Entscheidungsbefugnis der Stadt stünde.

Für StR Kolesch ist es erfreulich, dass die Elektrifizierung in eine konkrete Planung komme. Ihm sei nicht bewusst gewesen, dass dafür auch Maßnahmen an der Querspange und dem Jordaneil notwendig würden. Er halte es für richtig, die Komplettspernung des Eselsbergs in die Ferien zu legen. Er fragt an, ob gewährleistet sei, dass durch die Anhebung der Straße das Parkhaus Ulmer Tor weiterhin erreichbar sei. Es sei nicht bekannt gewesen, dass das Planfeststellungsverfahren beim Regierungspräsidium laufe und fragt an, wie das Denkmalamt wegen des Stegs beteiligt werde, da dieses auch Teil des Regierungspräsidiums sei. Er will wissen, was als Ergebnis zu erwarten sei, wie der Inhalt der Stellungnahme der Verwaltung an das Regierungspräsidium aussehe und warum mit eineinhalb Jahren zwischen dem Planfeststellungsbeschluss und der Freigabe gerechnet würde.

StR Keil fragt an, ob die Dringlichkeit der Maßnahme deutlich gemacht wurde und bittet um einen raschen Angriff der Baumaßnahmen. Wenn der Stahlsteg in einem so schlechten Zustand wie dargestellt sei, könne er auch nicht mehr anderweitig verwendet werden und fragt an, ob der desolate Zustand eine mögliche Sperrung ergebe.

Für StR Compter sind die dargestellten Maßnahmen in Ordnung, wenn die Sperrung des Eselsberges in den Ferien passiere.

StR Weber sieht die Darstellung bezüglich des Stegs als sehr negativ an und hält es für wichtig, die Frage zu diskutieren, ob der Steg zur Biberacher Kultur gehöre, ob dieser Steg weiterhin gebraucht werde, diese Frage dürfe nicht leichtfertig verneint werden.

StR Funk ist die Anbindung der Hochgarage wichtig und äußert Bedenken bezüglich des jetzigen Verfahrens. Er fragt an, warum man das Thema Steg nicht in einer parallelen Vorlage behandelt habe, in der Fragen wie Eigentumsverhältnisse und Abbruchkosten dargestellt würden. Eine ausführlichere Auseinandersetzung sei man dem Verein zum Erhalt des Stegs schuldig. Ihm sei nicht klar gewesen, nicht mehr Herr des Verfahrens zu sein.

Auch StR Nuding kritisiert, in der Vorlage sei manches nicht transparent und er selbst sei für den Erhalt des Steges und es müsse doch möglich sein, noch eine Einwirkungsmöglichkeit zu haben. Womöglich lägen falsche Auskünfte bezüglich der Darstellung vor. Insbesondere gäbe es keine Aussage, was eine Erhöhung des Steges koste und schlägt ein Parallelverfahren vor.

BM Kuhlmann entgegnet, dies mache keinen Sinn, da die Bahn ein Planfeststellungsverfahren beantragt habe und die Frage des Steges Bestandteil dieses Verfahrens sei. Er selbst gehe von der

Richtigkeit der Aussagen der Bahn aus. Das Thema Steg war Gegenstand eines Gespräches beim Regierungspräsidium im Januar 2012 und könne derzeit wohl nicht abschließend entschieden werden. Die Verwaltung habe eine Stellungnahme an das Regierungspräsidium geschickt und **sagt zu**, diese dem Bauausschuss zur Verfügung zu stellen.

Wenn im Planfeststellungsverfahren heraus komme, dass der Steg nicht erhalten werden könne, werde dies auch so akzeptiert. Im Übrigen habe eine öffentliche Anhörung aller Bürger stattgefunden, welche eine Stellungnahme abgeben konnten.

Die Untersuchungen ergaben, dass die Ein- und Ausfahrt des Parkhauses mit geringfügigen baulichen Veränderungen möglich bleibt.

Auf den Zeitplan habe die Stadt keinen Einfluss, man sei aber bestrebt, das Planverfahren möglichst schnell auf den Weg zu bringen. Die Finanzierung Bund/Land sei rein politisch zu sehen. Der Zeitplan wurde nachrichtlich mitgeteilt, da er nicht in städtischer Hand liege.

StR Funk will sichergestellt haben, dass die Verwaltung den Gemeinderat auf dem Laufenden hält.

**Mit der Zusage der Verwaltung, über neue Erkenntnisse zu berichten, ist die Diskussion beendet.**

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 233/2012 zur Information vor.

**Der Bauausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.**

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 232/2012 zur Information vor.

StR Kolesch will wissen, warum ein Jahr zwischen Beschluss und Ausschreibung liege und möchte eine Information über die historische Entwicklung. Ihm sei die hohe Summe für Unvorhergesehenes aufgefallen, was auch StR Nuding interessiert.

Herr Rechmann lässt wissen, darin einen Puffer haben zu wollen, man bemühe sich aber um die Einhaltung der Kosten. Auf dem Gelände habe früher ein Kiesabbau der Stadt stattgefunden, die Flächen seien alle im Eigentum der Stadt. Naturschutzrechtliche Gründe (Zählung der Lurche, Aufnahme der vorhandenen Fauna) sowie Probleme mit der Vergabe hätten zu der Zeitverzögerung geführt.

**TOP 5.1 Bekanntgabe: Eine Frage der CDU-Fraktion wegen fehlender Taxis bei Nacht**

BM Kuhlmann teilt mit, es gebe eine Taxenordnung, die eine Fahrbereitschaft von Sonntag bis Donnerstag bis 2:45 Uhr, Freitag bis Samstag eine durchgehende Betriebspflicht vorsieht.

StR Kolesch hält es für wichtig, die Betreiber auf diese Pflichten hinzuweisen.

BM Kuhlmann hält es für möglich, die Bürger über BIKO zu informieren oder die anwesende Presse einen Hinweis in der SZ zu geben.

## TOP 5.2 Bekanntgaben: Fracking

Der Bauausschuss erhält einen Artikel der Süddeutschen Zeitung, in dem die Funktionsweise gut erläutert wird. Unter <http://www.lgrb.uni-freiburg.de> sind weitere Informationen zu erhalten.

BM Kuhlmann teilt mit, bei Fracking handle es sich um Bergrecht, somit um Bundesrecht, weshalb hier keine Einflussmöglichkeit seitens der Kommune besteht. Der Regionalverband Donau/Iller habe noch keine Stellungnahme abgegeben, bisher gebe es nur Voruntersuchungen für den Bereich Riß/Iller.

Die Firmen müssten zunächst einen Antrag für eine Aufsuchungsgenehmigung stellen, diese falle aber aus den dargelegten Gründen unter die Zuständigkeit des Bundes.

## TOP 6.1 Verschiedenes: Buswartehalle Rindenmoos

StR Funk teilt mit, die Buswartehalle Rindenmoos sei kaputt und bittet um Rückantwort, wer für die Instandsetzung zuständig sei.

BM Kuhlmann entgegnet, nicht für den Unterhalt zuständig zu sein, sondern ein externer Dienstleister.

**Bauausschuss, 24.01.2013, öffentlich**

**Zur Beurkundung:**

Vorsitzender: ..... BM Kuhlmann

Stadtrat: ..... Keil

Stadtrat: ..... Brenner

Schriftführerin: ..... Hoch

Gesehen: ..... OB Zeidler

Gesehen: ..... EBM Wersch